



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten  
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

**SPD**



03. Juli 2015

## Inhalt

1. **Griechenland, Griechenland, Griechenland ...**
2. **Pflege in den Krankenhäusern wird gestärkt**
3. **„Wasserstandsmeldung“ Fracking: Sorgfalt geht vor Schnelligkeit!**
4. **„Wasserstandsmeldung“ SuedLink: Erdverkabelung hat Vorrang vor Freileitung**
5. **ElterngeldPlus gilt**
6. **Entlastung der Kommunen**



## Griechenland, Griechenland, Griechenland ...

In ganz Europa und natürlich auch in unserer Sitzungswoche in Berlin war die Lage in Griechenland dominierendes politisches Thema. Am Montag berichtete Kanzlerin Merkel in einer Sondersitzung der Fraktion und am Dienstag Finanzminister Schäuble in einer Sondersitzung des Haushaltsausschusses. Fazit: Die 18 Staatschefs der Eurogruppe waren der griechischen Regierung gegenüber sehr entgegenkommend. Die Verhandlungen waren jedoch von einem ständigen Vor und Zurück der griechischen Seite belastet. Die Aussagen in der Eurogruppe seien völlig anders gewesen, so Finanzminister Schäuble, als die Rhetorik der Regierung in Griechenland dies vermuten ließe. Es sei viel Vertrauen zerstört worden und insbesondere die Regierenden aus Spanien, Irland, Portugal und den baltischen Staaten hätten verdeutlicht, dass bei ihnen nicht vermittelbar sei, dass ihre Bevölkerung viele Entbehrenungen auf sich genommen hätte und die Griechen nun frisches Geld ohne jede Reformen wollen.

Nachdem Tsipras am Wochenende eine Volksabstimmung über die (nicht mehr existenten) Vorschläge angekündigt hat, ruhten die Verhandlungen. Tsipras nahm seine Bevölkerung in „Geiselnhaft“, merkte aber offensichtlich, dass er sich „verzockt“ hat, denn die Umfragen deuten darauf hin, dass sich die Griechinnen und Griechen pro Euro im Referendum aussprechen könnten. Damit wäre der griechischen Regierung die Legitimation entzogen.

Am Dienstagnachmittag kam in der Fraktionssitzung dann die Nachricht auf, dass Premier Tsipras kurz vor Auslaufen des Hilfsprogramms einen neuen Vorschlag habe und um ein drittes Hilfspaket bitte.

Auch wenn der „Zocker“ Tsipras langsam nicht nur politisch nervt, sind wir zu neuen Verhandlungen bereit, damit die griechische Bevölkerung nicht noch mehr leidet. Aber zunächst muss der Ausgang des geplanten Referendums abgewartet werden und fest steht auch, dass es ein drittes Hilfsprogramm nicht ohne Reformen geben wird. Vor allen Dingen muss die griechische Regierung endlich staatliche Strukturen effizient gestalten und die vermögenden Griechen endlich auch angemessen besteuern.

Man darf gespannt sein, wie es weiter geht. Das wird wohl eine unruhige Sommerpause. Die Ansage von Thomas Oppermann in der Fraktion lautete: „Nehmt Eure Handys mit in den Urlaub und auch mit an den Strand!“

## Pflege in den Krankenhäusern wird gestärkt

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Krankenhäusern, insbesondere im nichtärztlichen Dienst, ist eines der wichtigsten Ziele, das mit dem Krankenhausstrukturgesetz verfolgt wird. Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen gute Pflege ermöglichen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für Krankenhäuser müssen so gestaltet sein, dass sie ihrer Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten nachkommen können.

Um kurzfristig zu helfen, werden wir mit dem [Krankenhausstrukturgesetz \(KHSKG\)](#) ein Pflegestellenförderprogramm auf den Weg bringen. Bisher sind für die kommenden drei Jahre insgesamt 660 Millionen Euro zusätzlich ausschließlich für die Pflege am Bett vorgesehen. Diese Mittel müssen von den Kliniken anteilig mit 10 Prozent kofinanziert werden. Einzige Auflage: Sie müssen für Pflegepersonal, das am Bett der Patientinnen und Patienten arbeitet, aufgewendet werden. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion die zusätzlichen Mittel für das Pflegepersonal auf insgesamt 1,3 Milliarden Euro verdoppeln.

Mit dem KHSKG, das am 2. Juli 2015 in 1. Lesung in den Bundestag eingebracht wurde, wollen wir erreichen, dass die Finanzierung der pflegerischen Versorgung von Patientinnen und Patienten im Krankenhaus dauerhaft und planbar gesichert wird. Dazu wird eine Expertinnen- und Experten-Kommission aus Praxis, Wissenschaft und Selbstverwaltung bis spätestens Ende 2017 vorschlagen, ob und wie der Pflegebedarf im DRG-System (Fallpauschalen) sachgerecht abgebildet wird.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, der auf zwischen Bund und den Ländern vereinbarten Eckpunkten von Dezember 2014 basiert, setzen wir eine im Koalitionsvertrag vereinbarte Krankenhausreform um.

Mit einem Strukturfonds sollen die Länder mit 500 Millionen Euro zudem unterstützt werden, um Überkapazitäten abzubauen und in lokale Versorgungseinrichtungen wie beispielsweise Gesundheits- und Pflegezentren oder Hospize umzuwidmen. Die Qualität der Krankenhäuser wird in Zukunft bei der Krankenhausplanung über Zuschläge für besonders gute Qualität bei der Bezahlung berücksichtigt.

Eine aktive Sozialpolitik beinhaltet auch, dass wir kleine Krankenhäuser in strukturschwachen, ländlichen Regionen mit Sicherstellungszuschlägen finanziell unterstützen. Das ist gerade für unsere nordhessische Region von besonderer Bedeutung. Insgesamt geben wir im Jahr 2016 900 Millionen Euro, 1,3 Milliarden Euro im Jahr 2017 und 1,6 Milliarden Euro mehr im Jahr 2018 aus.



## „Wasserstandsmeldung“ Fracking: Sorgfalt geht vor Schnelligkeit!

Auf Betreiben der SPD wurde die für Freitag geplante 2./3. Lesung des Regelungspaketes zu Fracking abgesagt, weil wir noch Beratungsbedarf haben. Das Gesetzespaket sieht Verbote zum Schutz von Trinkwasser, Gesundheit und Natur sowie weitgehende Einschränkungen für Fracking-Maßnahmen in Schiefer-, Ton-, Mergel- oder Kohleflözgestein vor. Es werden strenge Regeln eingeführt, wo es bislang keine klaren Regeln gibt und man verbietet vieles, was bislang nicht rechtssicher verboten werden konnte.

Nach wie vor sehen wir jedoch die von unserem Koalitionspartner in den Gesetzentwurf aufgenommene Expertenkommission sehr kritisch. Es muss in jedem Fall sichergestellt werden, dass der Deutsche Bundestag über den kommerziellen Einsatz von Fracking entscheidet. Einen „Automatismus“ an Kommissionen oder Landesbehörden darf es nicht geben. Wir hoffen, dass die parlamentarische Sommerpause hilft, dass CDU und CSU hier an Einsicht gewinnen und einem Parlamentsvorbehalt endlich zustimmen. Ganz am Ende der Verhandlungen und der parlamentarischen Beratungen werden wir dann entscheiden, ob das Gesetz den besten Schutz für Mensch und Umwelt bringt und wir zustimmen können.

## „Wasserstandsmeldung“ SuedLink: Erdverkabelung hat Vorrang vor Freileitung

Wir freuen uns, dass sich die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD am Mittwoch darauf verständigt haben, dass die Erdverkabelung bei neuen Gleichstromtrassen zukünftig Vorrang vor der Freileitung erhalten wird. Die SPD-Landesgruppe Hessen hatte sich bereits im Mai klar zum Thema SuedLink und zur Erdverkabelung positioniert und auch bei anderen Landesgruppen massiv dafür geworben. Gemeinsam mit den Landräten und Bürgerinitiativen der betroffenen Regionen haben wir genug Druck erzeugt, dass unserer Forderung „Regelfall Erdkabel“ nun auch die Parteivorsitzenden der Koalitionsfraktionen folgen.

Die SPD-Landesgruppe Hessen wird das Verfahren weiter eng begleiten und hofft im Herbst auf ein gutes Gesetz. Die Kritik des Stromnetzbetreibers TenneT am Erdkabelkonzept für Stromtrassen weisen wir deutlich zurück. Zeitverzögerungen sind durch die unprofessionelle und intransparente Herangehensweise von TenneT entstanden, was dazu geführt hat, dass sie ihren Antrag nun komplett überarbeiten müssen. Erdverkabelung dagegen kann zu deutlich mehr Akzeptanz und zu einem schnelleren Ausbau beitragen.

**Bitte vormerken: Fraktion-vor-Ort Veranstaltung zu SuedLink mit Dr. Matthias Miersch, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur am 15. Sep. 15, 18.00 Uhr, Schauenburghalle, 34270 Schauenburg.**

## ElterngeldPlus gilt



Startschuss für einen weiteren Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Für Geburten ab dem 01. Juli 2015 können Mütter und Väter das neue ElterngeldPlus in Anspruch nehmen. Dieser weitere Baustein für mehr Flexibilität ermöglicht es Eltern, für ihr Kind da zu sein und Verantwortung im Beruf zu übernehmen.

Eltern, die nach der Geburt des Kindes Teilzeit arbeiten möchten, können die Bezugszeit des Elterngeldes verlängern: Aus einem Elterngeldmonat werden zwei ElterngeldPlus-Monate. Entscheiden Mütter und Väter sich, zeitgleich mit ihrem Partner in Teilzeit zu gehen – für vier

aufeinanderfolgende Monate lang parallel und zwischen 25 bis 30 Wochenstunden – bekommen sie mit dem Partnerschaftsbonus jeweils vier zusätzliche ElterngeldPlus-Monate.

Eltern erhalten durch das ElterngeldPlus eine zusätzliche Möglichkeit, die ersten Monate mit ihrem Kind noch individueller zu gestalten. Ein Gewinn für Familien und Unternehmen und ein weiterer Schritt zu einer neuen Familienzeit.

Weitere Infos gibt es unter [www.elterngeld-plus.de](http://www.elterngeld-plus.de).

## Entlastung der Kommunen

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause möchten wir noch einen Überblick über die bisher erreichten Entlastungen für Kommunen geben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben hier viel bewegt, damit die Kommunen wieder Luft zum atmen und gestalten bekommen.

### Das haben wir für die Kommunen erreicht:

- 100-prozentige Übernahme der Kosten Grundsicherung
- 1 Milliarde Euro jährlich von 2015 bis 2016
- 2,5 Milliarden Euro in 2017
- 5 Milliarden Euro jährlich ab 2018
- Komplettübernahme BAFöG (jährliche Entlastung 1,17 Milliarden Euro)
- Erhöhung der Städtebauförderung von 455 auf 700 Millionen Euro jährlich
- 1 Milliarde Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen in 2015 und ab 2016 weitere Unterstützung
- 25 Millionen Euro Soforthilfe für Kommunen, die besonders von Armuts-zuwanderung betroffen sind
- 40 Millionen Euro jährlich mehr durch Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes
- 25 Millionen Euro jährlich mehr für mietfreie Unterbringung von Flüchtlingen in bundeseigenen Immobilien
- 7 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen, insbesondere für Verkehrsinfrastruktur, Breitbandausbau, Energieeffizienz und Klimaschutz
- 3,5 Milliarden Euro für Kommunalinvestitionsförderungsfonds
- Die Mehrgenerationenhäuser werden mit 16,5 Millionen Euro weiter gefördert, um zumindest den Status quo zu halten
- Beim Programm „Altersgerecht Umbauen“ gibt es wieder Zuschüsse für alters- und familiengerechten Wohnungsbau.

## **Unsere Tipps:**

- **Tag der Ein- und Ausblicke:** Auch in diesem Jahr öffnet das Parlament in Berlin wieder seine Türen. Hierzu möchten wir Sie am 6. September 2015 von 9 bis 19 Uhr herzlich einladen. Weitere Infos entnehmen Sie bitte der Internetseite [www.bundestag.de/tea](http://www.bundestag.de/tea)

- **Tage der Begegnung in Berlin:** Sind Sie im Alter von 18 bis 28 Jahre, haben vom 23. bis 25. September 2015 Zeit und möchten viele spannende Dinge über Politik und Werte erfahren? Dann sind Sie hier genau richtig! Unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert finden die 23. Tage der Begegnung im Deutschen Bundestag statt. Nähere Informationen gibt es unter [www.tage-der-begegnung.eu](http://www.tage-der-begegnung.eu)

**Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!**

**V.i.S.d.P.:**  
**Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck**  
**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Artikelbilder: fotolia**